



Geoinformation und Landentwicklung

Zuziehung der Grundstückseigentümer und Bekanntgabe von Verwaltungsakten

Roman Kraft

Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg, Referat 43

Regionalbesprechungen LGL / uVB / ÖbVI 2020



Folie 1



Baden-Württemberg

LANDESAMT FÜR GEOINFORMATION UND LANDENTWICKLUNG

Zuziehung der Grundstückseigentümer und Bekanntgabe von Verwaltungsakten

Ankündigung
Bekanntgabe
Betretung
Zuziehung
Schriftliche Mitteilung
Öffentliche Bekanntmachung
Nachweis
Mündliche Mitteilung
Anwesenheit
Unterrichtung
Nachträgliche Benachrichtigung



Folie 2



Baden-Württemberg

LANDESAMT FÜR GEOINFORMATION UND LANDENTWICKLUNG

Inhalt:

- Rechtliche Grundlagen im Vermessungsgesetz
- Regelungen in der LK-Vorschrift
- Regelungen in der LV-Vorschrift
- Zuziehung
- Anwesenheit
- Bekanntgabe von Verwaltungsakten
- Amtshandlungen an Grenzpunkten
- Einzelfragen

Zuziehung

Rechtliche Grundlagen im Vermessungsgesetz

➤ § 17 VermG (Betretungsrecht)

(1) Die mit der Durchführung der Vermessungsaufgaben beauftragten Personen sind befugt, Flurstücke zu betreten, Vermessungs- und Grenzzeichen einzubringen sowie die zur Durchführung der Arbeiten notwendigen Maßnahmen zu treffen.

(2) Die Durchführung von Arbeiten nach diesem Gesetz soll den Grundstückseigentümern und Erbbauberechtigten mit dem Hinweis **angekündigt** werden, dass sie bei den Arbeiten **anwesend** sein sollen. Sind die Arbeiten ausnahmsweise ohne **Ankündigung** durchgeführt worden, so sind die Beteiligten unverzüglich zu **benachrichtigen**.

Rechtliche Grundlagen im Vermessungsgesetz

➤ § 16 VermG (Bekanntgabe von Verwaltungsakten)

- (1) *Verwaltungsakte*, die im Zusammenhang mit Liegenschaftsvermessungen erlassen werden, werden den Grundstückseigentümern und sonstigen Beteiligten durch *schriftliche Mitteilungen bekannt gegeben*, die mindestens Angaben über
1. die erlassende Behörde,
 2. Datum, Art und Inhalt des *Verwaltungsakts*,
 3. die betroffenen Flurstücke,
 4. die Rechtsgrundlage, auf der der *Verwaltungsakt* beruht, und
 5. Ort und Zeit zur Einsichtnahme in das Liegenschaftskataster
- enthalten. Bei Abmarkungen wird zusätzlich *bekannt gegeben*, wo abgemarkt wurde. Abmarkungen können auch durch *mündliche Mitteilungen* an Ort und Stelle *bekannt gegeben* werden.

Rechtliche Grundlagen im Vermessungsgesetz

➤ § 16 VermG (Bekanntgabe von Verwaltungsakten)

- (2) Bei Flurstücken, an denen Wohnungs- oder Teileigentum besteht, können die *Mitteilungen nach Absatz 1* an Stelle der Grundstückseigentümer und sonstigen Beteiligten dem Verwalter *bekannt gegeben* werden.
- (3) Wenn in einem Verfahren mehr als 20 *Mitteilungen nach Absatz 1 bekannt zu geben* sind, kann die *Bekanntgabe öffentlich* erfolgen.

Regelungen in der LK-Vorschrift

➤ Nr. 30 VwVLK (Verfahren zur Beibringung von Vermessungsschriften)

(1) Von einer bebringenden Vermessungsstelle gefertigte Vermessungsschriften [...] sind zusammen mit den Erhebungsdaten bei der unteren Vermessungsbehörde einzureichen. Dabei teilt die bebringende Vermessungsstelle der unteren Vermessungsbehörde die erforderlichen Angaben für die **Bekanntgabe von Verwaltungsakten** und für die Gebührenfestsetzung (z. B. Antragsteller, sonstige Beteiligte, Bodenwerte, Baukosten) mit. [...]

[...]

Regelungen in der LK-Vorschrift

➤ Nr. 31 VwVLK (Fertigungsaussage)

[...]

(2) Durch die Fertigungsaussage wird bescheinigt, dass
1. [...] vorgeschriebene **Benachrichtigungen**, wie im **Fortführungsriß** nachgewiesen, erfolgt sind,

[...]

**Benachrichtigungen im Sinne von Nr. 31
VwVLK umfassen Zuziehung (Ankündigung
bzw. nachträgliche Benachrichtigung) und
Bekanntgabe**

Zuziehung
Bekanntgabe von VA

Regelungen in der LK-Vorschrift

➤ Nr. 38 VwVLK (Fortführungsriß)

(1) Ein Fortführungsriß [...] umfasst [...] den **Nachweis** über die **Zuziehung** der Beteiligten. Der Fortführungsriß [...] besteht in der Regel aus [...] **Textnachweis** (Absatz 3) [...]

[...]

(3) **Textnachweise** sind insbesondere die

1. **Nachweise** über die **Zuziehung** der beteiligten Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten, deren **Anwesenheit** oder gegebenenfalls **nachträgliche Unterrichtung** und
2. **Nachweise** über die **Bekanntgabe der Abmarkung**.

[...]

Bekanntgabe von VA

Regelungen in der LK-Vorschrift

➤ Nr. 41 VwVLK (Grundsätzliches)

(1) Die **Bekanntgabe** der Veränderungen im Liegenschaftskataster an die Beteiligten (Nr. 42) und [...] erfolgen unmittelbar nach der Fortführung. [...]

[...]

Regelungen in der LK-Vorschrift

➤ Nr. 42 VwVLK (**Bekanntgabe** an die Beteiligten)

(1) Die untere Vermessungsbehörde **gibt** Antragstellern, Grundstückseigentümern und Erbbauberechtigten die sie betreffenden in Fortführungsnachweisen beschriebenen Veränderungen grundsätzlich **schriftlich** (Anlage 11) durch **Fortführungsmitteilungen** (Absatz 2) **bekannt**. Gebäudeaufnahmen werden durch einen **Flurstücksnachweis** und eine **Liegenschaftskarte bekannt gegeben**; im Anschreiben ist auf die Veränderungsnummer und das Datum der Fortführungsentscheidung hinzuweisen. Die **Bekanntgabe** der Veränderungen ist auf dem **Titelblatt des Fortführungsnachweises** zu vermerken. Bei Gebäudeaufnahmen, die nicht zu einem Fortführungsnachweis führen, ist die **Bekanntgabe** auf dem **Titelblatt des Fortführungsrisse** nachzuweisen. Die **Bekanntgabe** nach Satz 1 und 2 entfällt bei Veränderungen, die **öffentlich bekannt gegeben** werden.

Regelungen in der LK-Vorschrift

➤ Nr. 42 VwVLK (**Bekanntgabe** an die Beteiligten)

(2) Die **Fortführungsmitteilung** an die Beteiligten (Anlage 11) besteht in der Regel aus
1. Titelblatt,
2. Auszug aus dem Fortführungsnachweis und
3. Mehrfertigung der Karte zum Fortführungsnachweis (Nr. 35 Abs. 3).

[...]

(4) Liegen der Fortführung des Liegenschaftskatasters beigebrachte Vermessungsschriften zu Grunde, **unterrichtet** die untere Vermessungsbehörde auch die bebringende Vermessungsstelle.

Regelungen in der LK-Vorschrift

➤ Anlage 10 S. 4 VwVLK (Titelblatt des Fortführungsnachweises)

Anlage 10
Seite 4

Vermessungsverwaltung Baden-Württemberg Landratsamt Waldstadt Vermessungsbehörde Ringstraße 7 75104 Waldstadt	Auszug aus dem Liegenschaftskataster Fortführungsnachweis
Gemeinde Hochstetten Gemarkung Neudorf	
Fortführungsnachweis 2012/11	
Karte ¹⁾ Fortführungsrisso ²⁾ Fortführungsfaltnummer 1 bis 8	
Waldstadt, den 15. Juni 2012	
Maier Maier	
Eignungsprüfung am 14.6.2012: <i>Dürr</i>	
Fortführungsmittelteil abgeben an Antragsteller am } <i>15.06.2012 Dürr</i> Eigentümer am } Grundbuchamt am } Bekanntgabe der Gebäudeaufnahme an ³⁾ Antragsteller/Eigentümer am	

Hinweis:
1) Der Eintrag entfällt, wenn keine Karte zum Fortführungsnachweis erstellt wird.
2) Der Eintrag entfällt, wenn kein Fortführungsrisso vorhanden ist.
3) Der Eintrag entfällt, wenn die Vermessungssache keine Gebäudeaufnahme enthält.

Regelungen in der LK-Vorschrift

➤ Anlage 11 VwVLK (Fortführungsmittelteil – Bekanntgabe an die Beteiligten)

Anlage 11
Seite 10

<p>LANDRATSAMT WALDSTADT Vermessungsbehörde</p> <p>Landesrat Waldstadt, Ringstr. 7, 75104 Waldstadt</p> <p>Waldstadt, den 28.08.2012 Dürr Maier Maier (Bitte bei Antrag angeben)</p> <p>Fortführungsnachweis 2012/14 der Gemarkung Altdorf vom 24.08.2012</p> <p>Ihr Antrag vom 19.04.2012</p> <p>Anlagen: Fortführungsmittelteil</p> <p>Sehr geehrter Herr Berger,</p> <p>die im Fortführungsnachweis beschriebenen Veränderungen wurden in das Liegenschaftskataster übernommen. Das Liegenschaftskataster ist der Nachweis über alle Flurstücke und Gebäude und amtliches Verzeichnis der Grundstücke im Sinne von § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung. Das Liegenschaftskataster ist von den Vermessungsbehörden zu führen (§ 1 Abs. 1 des Vermessungsgesetzes) und durch die Übernahme von Veränderungen auf dem Liegenschaftskataster und Grundbuch dienen zusammen der Sicherung des Grundeigentums und sind deshalb in Übereinstimmung zu halten.</p> <p>Die Veränderungen wurden dem Grundbuchamt Waldstadt mitgeteilt. Sie werden gebeten, bei einem later die erforderlichen Anträge zur Übernahme der im Fortführungs-</p>	<p>Anlage 11 Seite 10</p> <p>Vermessungsverwaltung Baden-Württemberg Landratsamt Waldstadt Vermessungsbehörde Ringstraße 7 75104 Waldstadt</p> <p>Auszug aus dem Liegenschaftskataster Fortführungsmittelteil</p> <p>Gemeinde Hochstetten Gemarkung Altdorf</p> <p>Fortführungsmittelteil</p> <p>über die Fortführung des Liegenschaftskatasters auf Grund des Fortführungsnachweises 2012/14 vom 24. August 2012</p> <p>Dieser Auszug ist maschinell erstellt und auch ohne Unterschrift wirksam; er umfasst</p> <p>1. Fortführungsmittelteil über die Fortführungsfaltnummer 1 bis 2 2. Karte zur Fortführungsmittelteil ¹⁾</p> <p>Die Katastervermessung wurde von Landratsamt Waldstadt bearbeitet.</p> <p>Waldstadt, den 28. August 2012</p> <p>Hinweis: ¹⁾ Nur nicht dargestellt in Anlage 10 Seite 10.</p>	<p>Liegenschaftsvermessung an der Bundesstraße B 14 auf Gemarkung Altdorf der Gemeinde Waldstadt</p> <p>Das Landratsamt Waldstadt hat die vom Regierungspräsidium Hochberg beantragte Liegenschaftsvermessung (§ 5 Abs. 1 des Vermessungsgesetzes) an der Bundesstraße B 14 auf Gemarkung Altdorf der Gemeinde Waldstadt im Bereich der Flurstücke 6, 113 bis 151, 216 bis 227/4 und 229 abgeschlossen und die Veränderungen im Fortführungsnachweis 2012/20 der Gemarkung Altdorf vom 19. Juli 2012 dargestellt. Das Liegenschaftskataster ist fortgeführt. Das Liegenschaftskataster ist der Nachweis über alle Flurstücke und Gebäude und amtliches Verzeichnis der Grundstücke im Sinne von § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung. Damit sind die vom Landratsamt Waldstadt im Zuge des Ausbaus der Bundesstraße B 14 durchzuführenden Arbeiten erledigt.</p> <p>Der Fortführungsnachweis kann während den Sprechzeiten (Montag bis Freitag 9.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 16.00 Uhr) beim Landratsamt Waldstadt, Ringstraße 7, 75104 Waldstadt eingesehen werden.</p> <p>Dem Grundbuchamt Waldstadt wurden die Veränderungen mitgeteilt.</p> <p>Nach § 29 Abs. 3 des Bewertungsgesetzes sind Veränderungen, die für die Feststellung von Einheitswerten des Grundbesitzes oder für die Grundsteuer von Bedeutung sein können, der Finanzbehörde von der Vermessungsbehörde mitzuteilen.</p> <p>Im Zusammenhang mit der Liegenschaftsvermessung wurden auf Antrag des Regierungspräsidiums in der Zeit vom 09. bis 17. Februar 2012 auch Grenzfeststellungen an den Flurstücksgrenzen entlang der Bundesstraße durchgeführt (§ 5 Abs. 2 des Vermessungsgesetzes). Das Landratsamt Waldstadt ist zu weiterer Auskunft gerne bereit. Die Eigentümer und Erbbauberechtigten der von der Liegenschaftsvermessung betroffenen Flurstücke können auf Verlangen auch Auszüge aus dem Fortführungsnachweis erhalten.</p> <p>Waldstadt, den 20. Juli 2012 Landratsamt Waldstadt gez. Maier</p>
--	---	---

Regelungen in der LV-Vorschrift

➤ Nr. 8 VwVLV (**Bekanntgabe** von **Verwaltungsakten**)

(1) **Verwaltungsakte**, die im Zusammenhang mit Liegenschaftsvermessungen erlassen werden, sind den Grundstückseigentümern und sonstigen Beteiligten gemäß § 16 VermG **bekanntzugeben**. Nr. 42 der LK-Vorschrift ist zu beachten. Die **Bekanntgabe** folgender **Verwaltungsakte** ist im **Fortführungsriß** (Nr. 270) nachzuweisen:

1. Die Grenzfeststellung mit Abmarkung (§ 5 Abs. 3 VermG),
2. die Grenzfeststellung zur Prüfung der Abmarkung (§ 5 Abs. 3 VermG) auf Antrag und
3. die Grenzfeststellung zur Prüfung der Abmarkung mit Entfernung eines Grenzzeichens (Nr. 203 Abs. 2).

Nachzuweisen sind die **Form** der **Bekanntgabe**, die Namen der Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten, das Datum der **Bekanntgabe** sowie der Name oder das Handzeichen des Bediensteten, der die **Bekanntgabe** vorgenommen hat (Anlage 6).

Anmerkung: Damit ist klargestellt, dass mit dem Begriff „Abmarkung“ in § 16 Abs. 1 VermG nicht nur das Einbringen eines Grenzzeichens gemeint ist.

Regelungen in der LV-Vorschrift

➤ Nr. 8 VwVLV (**Bekanntgabe** von **Verwaltungsakten**)

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn trotz eines Antrags auf Grenzfeststellung eine Abmarkung nicht vorgenommen werden konnte (Nr. 262). Der Grund ist bei der **Bekanntgabe** zu nennen und im **Fortführungsriß** nachzuweisen.

Exkurs zu **Nr. 262 VwVLV**: Flurstücksgrenzen werden trotz eines möglicherweise vorliegenden Antrags auf Abmarkung nicht abgemerkt, wenn

- die Bruchpunkte der Flurstücksgrenzen im Bett von Gewässern liegen,
- die Bruchpunkte der Flurstücksgrenzen nach wasserrechtlichen Vorschriften den natürlichen Veränderungen der Gewässer folgen oder
- die Abmarkung nicht zumutbar ist, insbesondere wenn
 - abzumarkender Grenzpunkt innerhalb Gebäude oder baulicher Anlage liegt,
 - Abmarkung durch örtl. Hindernisse erheblich erschwert ist,
 - durch Abmarkung unverhältnismäßige Schäden entstünden oder
 - aufgrund instabiler geologischer Verhältnisse mit Rutschungen der Erdoberfläche zu rechnen ist.

Regelungen in der LV-Vorschrift

➤ Nr. 8 VwVLV (**Bekanntgabe** von **Verwaltungsakten**)

(3) Die Abmarkung einer neuen Flurstücksgrenze im Vorgriff auf die Festlegung im Liegenschaftskataster (Nr. 261 Abs. 6) hat keine unmittelbare Rechtswirkung. Aus Gründen der Transparenz des Verwaltungshandelns ist die Abmarkung entsprechend Absatz 1 **bekanntzugeben** und im **Fortführungsriss** nachzuweisen.

Regelungen in der LV-Vorschrift

➤ Nr. 10 VwVLV (**Unterrichtung** der Grundstückseigentümer)

(1) Die Durchführung von Liegenschaftsvermessungen im Außendienst soll den Grundstückseigentümern und Erbbauberechtigten mit dem Hinweis **angekündigt** werden, dass sie bei den Arbeiten **anwesend** sein sollen. Sind die Arbeiten ausnahmsweise ohne **Ankündigung** durchgeführt worden, so sind die Beteiligten unverzüglich zu **benachrichtigen** (§ 17 Abs. 2 VermG); die Erteilung eines Gebührenbescheids ersetzt die **nachträgliche Benachrichtigung** nicht. Bei Grundstücken, an denen Wohnungs- oder Teileigentum besteht, genügt die Übersendung der **Ankündigung** oder **nachträglichen Benachrichtigung** an den Verwalter. Bei Grundstücken, die dem Gemeingebrauch dienen, kann auf die **Unterrichtung** verzichtet werden, wenn lediglich TP, AP oder Versicherungspunkte vermarktet, bestimmt oder auf Lageänderung überprüft wurden.

**Unterrichtung = Ankündigung oder
nachträgliche Benachrichtigung**

Regelungen in der LV-Vorschrift

Nr. 6 im Schreiben des LGL vom 10.1.2019, Az. 0219.1/255

➤ Nr. 10 VwVLV (**Unterrichtung** der Grundstückseigentümer)

(2) Die **Ankündigung** oder die **nachträgliche Benachrichtigung** kann durch **öffentliche Bekanntgabe** (§ 16 Abs. 3 VermG), **schriftliche Mitteilung** oder **mündlich** erfolgen. Die **Ankündigung** oder die **nachträgliche Benachrichtigung** enthält mindestens Angaben über

1. die Vermessungsstelle,
2. das vorgesehene oder tatsächliche Datum, die Art und den Inhalt der Liegenschaftsvermessung,
3. die betroffenen Flurstücke,
4. die Rechtsgrundlage, auf der das Verwaltungshandeln beruht, und
5. den Hinweis auf die Möglichkeit der **Anwesenheit** nach Absatz 1 (nur bei der **Ankündigung**).

Einem Antragsteller oder einer Antragstellerin ist zusätzlich der Bezug zu seinem oder ihrem Antrag zu nennen; auf die Rechtsgrundlage kann verzichtet werden, wenn er bei der Antragstellung bereits ausreichend aufgeklärt wurde.

Regelungen in der LV-Vorschrift

➤ Nr. 10 VwVLV (**Unterrichtung** der Grundstückseigentümer)

(3) Die Form und Art der **Zuziehung** (**schriftlich** oder **mündlich**, **Ankündigung** oder **nachträgliche Benachrichtigung**), die Namen der Grundstückseigentümer und Erbbauberechtigten, das Datum der **Ankündigung** oder **nachträglichen Benachrichtigung** sowie der Name oder das Handzeichen des Bediensteten, welcher die **Zuziehung** vorgenommen hat, sowie Vermerke über die **Anwesenheit** der Beteiligten sind im **Fortführungsriß** (Nr. 270) nachzuweisen (Anlage 6).

Ankündigung oder nachträgliche Benachrichtigung = Zuziehung
Zuziehung = Unterrichtung

Regelungen in der LV-Vorschrift

- Anlage 6 VwVLV (Beispiel einer **Zuziehung** der beteiligten Grundstückseigentümer)

Anlage 6

Fortführungsrisso 2012/1
 Blatt 3
 Gemarkung Neudorf
 Gemarkungsnummer 9999
 Flur 1

Flst.Nr.	Grundstückseigentümer Erbbauberechtigte Antragsteller Sonstige Beteiligte	Ankündigung	Anwesenheit		Nachträgliche Benachrichtigung	Bekanntgabe der Grenzfeststellung	
			mündl./ schriftl.	am durch		mündl./ schriftl.	am durch
3018	Steller, Anton	stndl. 29.12.11 Ruff	ja	12.1.12		mündl.	12.1.12
3019	Telger, Bert	schriftl. 29.12.11 Ruff	nein			schriftl.	
3017	Bahr, Natalie	schriftl. 2.1.12 Ruff	nein			"	12.1.12
3020	Weber, Karl		"			"	12.1.12
1320	Wirth, Larr		"			"	12.1.12
3015	Rafinski, Alice		ja	12.1.			
3035	Gemeinde, B.M. Kerz		nein		schriftl.	12.1.12	schriftl.
					schriftl.	12.1.12	schriftl.

Ankündigung von Vermessungsarbeiten

- Die Mindestangaben aus Nr. 10 Abs. 2 VwVLV sind zu beachten (Vermessungsstelle, Datum, Art und Inhalt der Liegenschaftsvermessung, betroffene Flurstücke, Rechtsgrundlage). Dies gilt auch für eine **nachträgliche Benachrichtigung**.
- Die **vorherige Ankündigung** von bevorstehenden Vermessungsarbeiten im Außendienst muss der **Normalfall** sein. In der Regel ist vorab klar, welche Flurstücke betroffen sind.
- Die **Ankündigung** kann **schriftlich** (z. B. per Brief oder E-Mail) oder **mündlich** (z. B. per Telefon) erfolgen.
- Die **Ankündigung** ist mit dem Hinweis zu versehen, dass die Eigentümer bei den Arbeiten **anwesend** sein sollen.
- Damit ein Eigentümer tatsächlich die Gelegenheit hat, bei der Vermessung **anwesend** zu sein, ist die **Ankündigung** **rechtzeitig** vorzunehmen. Nur dadurch kann der Eigentümer Maßnahmen treffen, die seine **Anwesenheit** möglich machen.
- Eine **Ankündigung** erst einen Tag vor der Vermessung per Post zu versenden, kommt dagegen schon fast einer **nachträglichen Benachrichtigung** gleich.

Ankündigung von Vermessungsarbeiten

- Mit **Ankündigung** wird Eigentümer informiert, dass demnächst Vermessungspersonal sein Flurstück betritt.
- Enger Zusammenhang mit Ausübung des Betretungsrechts (§ 17 Abs. 1 VermG)
- Enger Zusammenhang mit Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 GG), zu der im weitesten Sinne auch der unbebaute Teil eines Flurstücks gehört.
- Form der **Ankündigung** (**schriftlich**, **mündlich**), Namen der Eigentümer, Datum der **Ankündigung** sowie Name oder Handzeichen des Bediensteten, welcher **Ankündigung** vorgenommen hat, sind im **Textnachweis** in Spalte „**Ankündigung**“ nachzuweisen.
- Anmerkung: Im Sinne eines guten Miteinanders sollte es trotz vorheriger **Ankündigung** selbstverständlich sein, dass sich die Vermessungsstelle vor Betreten eines bewohnten Flurstücks kurz anmeldet. Dies gilt insbesondere dann, wenn das Haus möglicherweise von Personen bewohnt wird, die nicht Eigentümer sind und evtl. vom Eigentümer auch nicht über die bevorstehenden Vermessungsarbeiten informiert wurden.
Diese Anmeldung ist aber **keine Ankündigung** im Sinne des VermG!

Nachträgliche Benachrichtigung über durchgeführte Vermessungsarbeiten

- Nur ausnahmsweise dürfen Beteiligte **nachträglich** über durchgeführte Vermessungsarbeiten **benachrichtigt** werden (z. B. bei kurzfristigen, nicht vorhergesehenen Gebäudeaufnahmen).
- Die **nachträgliche Benachrichtigung** muss unverzüglich erfolgen.
- Die **nachträgliche Benachrichtigung** kann **schriftlich** (z. B. per Brief oder E-Mail) oder **mündlich** (z. B. an Ort und Stelle oder per Telefon) erfolgen.
- Ein Gebührenbescheid ersetzt die **nachträgliche Benachrichtigung** nicht.
- Ist sowohl **nachträgliche Benachrichtigung** als auch **Bekanntgabe** der Abmarkung erforderlich, kann dies miteinander verbunden werden, entweder **mündlich** an Ort und Stelle oder **schriftlich**; eine telefonische Unterrichtung ist dann aber ausgeschlossen, da eine telefonische **Bekanntgabe eines Verwaltungsakts** nicht zulässig ist.

Zuziehung

Zuziehung - Grundsätzliches und Besonderheiten

- Die **Zuziehung** (**Ankündigung**, ggf. **nachträgliche Benachrichtigung**) ist nur notwendig, wenn **Außendienst** stattfindet. Somit gibt es bei Sonderungen keinen **Textnachweis**.
- Werden Flurstücke des Gemeingebrauchs im Rahmen einer Liegenschaftsvermessung lediglich betreten, um TP, AP oder VP zu vermarken, zu bestimmen oder zu prüfen, kann auf **Unterrichtung** verzichtet werden. Sinngemäß gilt dies auch, wenn ein temporärer Aufnahmepunkt (TA) auf solchen Flurstücken liegt.
- Daraus folgt: Auf die **Unterrichtung/Zuziehung** bei Flurstücken des Gemeingebrauchs kann nicht verzichtet werden, wenn diese Flurstücke anderweitig durch die Liegenschaftsvermessung betroffen sind (z. B. Zerlegung, Vermessung langgestreckter Anlage, Grenzfeststellung, Gebäudeaufnahme).
- Ebenso folgt: Werden Flurstücke, die nicht dem Gemeingebrauch dienen, lediglich betreten, um TP, AP oder VP zu vermarken, zu bestimmen oder zu prüfen (bzw. TA), ist ebenfalls eine **Unterrichtung/Zuziehung** notwendig.

Anwesenheit

Dokumentation der **Anwesenheit**

- War ein Grundstückseigentümer oder sonstiger Beteiligter bei den Vermessungsarbeiten **anwesend**, ist im **Textnachweis** in der Spalte „**Anwesenheit**“ ein „ja“ und das Datum einzutragen, andernfalls ein „nein“.
- Das Datum der **Anwesenheit** muss einer der Tage der Vermessung sein.
- Sind in einer Zeile mehrere Beteiligte eingetragen, es waren aber nicht alle anwesend, so sind die **anwesenden** Personen in der Spalte „**Anwesenheit**“ in Klammer hinter oder unter dem „ja“ aufzuführen.
- Konnte einem Beteiligten die Vermessung nicht **angekündigt** werden, dieser war aber **anwesend** und konnte dabei entsprechend informiert werden, kann auf eine **nachträgliche Benachrichtigung** verzichtet werden. Dies gilt nicht, wenn es noch weitere Eigentümer dieses Flurstücks gibt.

Bekanntgabe

Bekanntgabe der Abmarkung bzw. Grenzfeststellung

- Wurde den Beteiligten die Abmarkung (bzw. deren Prüfung) **an Ort und Stelle mündlich bekannt gegeben**, so zählt der Tag dieser **Bekanntgabe** ebenfalls beim Zeitraum der Vermessung mit. Die betroffenen Grenzpunkte sind in der Örtlichkeit zu zeigen.
- Auch bei einer **mündlichen Bekanntgabe** sind die Mindestangaben gemäß § 16 Abs. 1 VermG zu erfüllen: Erlassende Behörde (auch ÖbVI), Datum, Art, Inhalt und Rechtsgrundlage des Verwaltungsakts, betroffene Flurstücke, Ort und Zeit zur Einsichtnahme in das Liegenschaftskataster.
- Die **Bekanntgabe** muss durch diejenige Vermessungsstelle erfolgen, die die Liegenschaftsvermessung durchgeführt hat. Sie darf nicht Dritten (z. B. Ortsbaumeister) überlassen werden.
- Bei der **Bekanntgabe** muss angegeben werden, wo abgemarkt / eine Grenzprüfung vorgenommen wurde / nicht abgemarkt werden konnte / ein Grenzzeichen entfernt wurde. Die Angabe der Flurstücksnummer ist nicht ausreichend. Die festgestellten / abgemarkten / nicht abmarkbaren / entfernten Grenzpunkte sind bei **schriftlicher Bekanntgabe** somit in einem Plan darzustellen. Dies gilt auch für eine **Bekanntgabe** durch **öffentliche Bekanntmachung**.

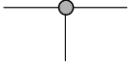
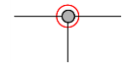
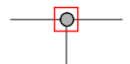

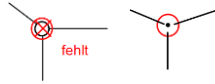
Bekanntgabe

Rechtsgrundlagen von Verwaltungsakten im VermG

- Abmarkung neuer Flurstücksgrenzen auf Antrag: § 5 Abs. 2 und § 6 Abs. 1
- Grenzfeststellung zur Abmarkung auf Antrag: § 5 Abs. 3 und § 6 Abs. 1
- Grenzfeststellung zur Prüfung der Abmarkung auf Antrag: § 5 Abs. 3 und § 6 Abs. 2
- Nichtabmarkung trotz Antrag
 - bei neuen Grenzpunkten: § 5 Abs. 2, § 6 Abs. 1 und § 6 Abs. 3
 - bei bereits nachgewiesenen Grenzpunkten: § 5 Abs. 3, § 6 Abs. 1 und § 6 Abs. 3
- Entfernen eines Grenzzeichens, das sich nicht mehr in der richtigen Lage befindet: § 6 Abs. 4 (von Amts wegen)


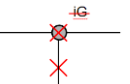
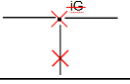
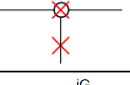



Bekanntgabe**Amtshandlungen an Grenzpunkten**


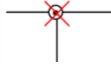
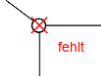
Amtshandlung	Darstellung im Graphiknachweis	Bekanntgabe der Grenzfeststellung	Geregelt in VwVLV
Grenzzeichen vorgefunden (nicht beantragt)		keine	
Grenzfeststellung auf Antrag: Abmarkung geprüft		alle Angrenzer	Nr. 8 (1) 2.
Grenzfeststellung auf Antrag: Grenzzeichen versetzt oder erneuert		alle Angrenzer	Nr. 8 (1) 1.
Grenzfeststellung auf Antrag: Abmarkung ausgeführt		alle Angrenzer	Nr. 8 (1) 1.
Grenzfeststellung auf Antrag: Abmarkung unterbleibt wegen Nr. 262 (Anl. 4 S. 12 Fußnote 8)		alle Angrenzer	Nr. 8 (2)

Folie 29

Bekanntgabe**Amtshandlungen an Grenzpunkten**

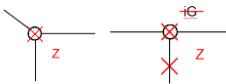

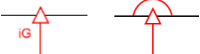

Amtshandlung	Darstellung im Graphiknachweis	Bekanntgabe der Grenzfeststellung	Geregelt in VwVLV
Grenzzeichen von Amts wegen entfernt, da zulässige Abweichung überschritten; kein Antrag auf Grenzfeststellung (Nr. 203 Abs. 2)		alle Angrenzer	Nr. 8 (1) 3.
Grenzpunkt fällt heraus, Grenzzeichen entfernt (oder Entfernung nicht möglich, dann Anl. 4 S. 12 Fußnote 7 beachten)		alle Angrenzer	nicht direkt, aber analog zu Nr. 8 (1) 3.
Unabgemarkter Grenzpunkt fällt heraus		keine	
Grenzpunkt fällt heraus (ohne Außendienst)		keine (Verschmelzung, Sonderung)	
Grenzpunkt fällt heraus (nicht aufgesucht)		keine	

Bekanntgabe**Amtshandlungen an Grenzpunkten**

Amtshandlung	Darstellung im Graphiknachweis	Bekanntgabe der Grenzfeststellung	Geregelt in VwVLV
Nachholung der Abmarkung: Abmarkung unterbleibt wegen Nr. 262 (Anl. 4 S. 12 Fußnote 8)		alle Angrenzer	wie Nr. 8 (2)
Berechtigte verzichten auf Nachholung der Abmarkung (Anl. 4 S. 13 Fußnote 9)		keine (aber zuvor muss Zustimmung aller Berechtigten vorliegen, siehe auch Regionalbesprechung 2017, „Nachholung ausgesetzter Abmarkungen“, Folien 8 und 9)	
Grenzzeichen fehlt nachweislich; kein Antrag auf Grenzfeststellung		keine	

Folie 31

Bekanntgabe**Amtshandlungen an Grenzpunkten**

Amtshandlung	Darstellung im Graphiknachweis	Bekanntgabe der Grenzfeststellung	Geregelt in VwVLV
Grenzzeichen fehlt nachweislich, Zeugen vorgefunden; kein Antrag auf Grenzfeststellung		keine	
Abmarkung ausgeführt		i. d. R. Antragsteller	Nr. 8 (3)
Abmarkung ausgeführt (neuer Grenzpunkt in bestehender Grenze)		alle Angrenzer	Nr. 8 (3)
Abmarkung unterbleibt trotz Antrag (Nr. 262 und Anl. 4 S. 12 Fußnote 8)		i. d. R. Antragsteller	Nr. 8 (2)

Folie 32

Bekanntgabe

Amtshandlungen an Grenzpunkten

Amtshandlung	Darstellung im Graphiknachweis	Bekanntgabe der Grenzfeststellung	Geregelt in VwVLV
Abmarkung nicht beantragt		keine	
Abmarkung nicht beantragt (neuer Grenzpunkt in bestehender Grenze)		keine	
Überprüfung eines im Liegenschaftskataster nachgewiesenen Grenzpunkts, an dem eine neue Grenze beginnt oder endet (Nr. 140 Abs. 4 VwVLV; gilt als Grenzfeststellung von Amts wegen)		Antragsteller der Zerlegung (Nr. 7 im Schreiben des LGL vom 10.1.2019, Az. 0219.1/125)	<i>Angedachte Ergänzung in Nr. 8 (1)</i>

Folie 33

Textnachweis

Einzelfragen: Angaben zu den Grundstückseigentümern im Textnachweis

Frage: Dürfen im **Textnachweis** Adressen aufgeführt werden?

- Adressen von Beteiligten sind personenbezogene Daten.
- Personenbezogene Daten sind zu löschen, wenn sie nicht mehr benötigt werden.
- Somit wäre Schwärzung der Adresse im **Textnachweis** notwendig, damit sie bei Einsichtnahme nicht mehr sichtbar ist.
- Aber: Im FR darf nur lesbar gestrichen werden!

Deshalb: In der Spalte „Grundstückseigentümer“ dürfen nur Namen, niemals aber Adressen eingetragen werden!

Textnachweis

Einzelfragen: Nr. 143 Abs. 2 VwVLV (Öffentliche Gewässer)

Bei natürlichen Veränderungen öffentlicher Gewässer 1. und 2. Ordnung [...] werden [...] die neuen Flurstücksgrenzen eines Gewässers nur dann festgelegt, wenn ein Antrag der Wasserbehörde vorliegt. Ansonsten wird der tatsächliche Gewässerverlauf durch Abgrenzungen der Tatsächlichen Nutzung nachgewiesen, wenn Veränderungen festgestellt werden [...]. Die betroffenen Grundstückseigentümer [...] sind auf den Sachverhalt, dass der Gewässerverlauf nicht mit der Flurstücksgrenze übereinstimmt, **hinzuweisen**; der **Hinweis** ist im **Textnachweis** [...] des Fortführungsrissses zu dokumentieren.

Frage: Wie kann dies im Textnachweis geeignet dokumentiert werden?

Im **Textnachweis** kann in den Zeilen der betroffenen Beteiligten an geeigneter Stelle ein Verweis auf eine Fußnote (*) angebracht werden. Als Fußnote bietet sich z. B. folgender Satz an:

„* Die Grundstückseigentümer wurden darauf **hingewiesen**, dass der Gewässerverlauf nicht mit der Flurstücksgrenze übereinstimmt.“

+ Datum + Handzeichen

Bekanntgabe

Einzelfragen: Umfangsgrenze bei Flurbereinigungsverfahren

Bei der Bestimmung der Umfangsgrenze eines Flurbereinigungsverfahrens mussten Grenzzeichen entfernt werden, da sie sich wegen Rutschungen nicht mehr in der richtigen Lage befanden. (Anmerkung: Neue Abmarkung wegen Nr. 262 Abs. 2 Ziffer 4 VwVLV nicht zumutbar)

Frage: Muss das Entfernen der Grenzzeichen den Beteiligten bekannt gegeben werden?

Ja, denn auch hier gilt § 6 Abs. 4 VermG und Nr. 8 Abs. 1 Ziffer 3 VwVLV.



Folie 36

Einzelfragen: Aufnahme einer Wärmedämmung

Frage: Ist die Aufnahme einer Wärmedämmung bekannt zu geben?

- Nach Nr. 42 Abs. 1 VwVLK werden Gebäudeaufnahmen durch einen **Flurstücksnachweis** und eine **Liegenschaftskarte bekannt gegeben**.
- Nach Nr. 160 Abs. 1 VwVLV zählen zur Gebäudeaufnahme auch die Aufnahme von Veränderungen des Gebäudeumrisses (beispielsweise Anbau oder Anbringung einer Wärmedämmung) und Veränderungen der Gebädefunktion sowie die Erhebung abgerissener Gebäude.
- Da sich der Gebäudeumriss verändert hat, ist somit auch die Aufbringung einer Wärmedämmung (wie ein Neubau oder Anbau) mit **Flurstücksnachweis** und **Liegenschaftskarte bekannt zu geben**.
- Eine gebührenfreie Aufnahme ist kein Argument für eine Nichtbekanntgabe! (Dies gilt auch für Gebäude, die vor dem 31.12.1979 bezugsfertig wurden.)

Einzelfragen: Widerspruchsfrist bei **Bekanntgabe** der Abmarkung

Frage: Wie lange kann ein Beteiligter Widerspruch gegen eine Abmarkung einlegen?

- Abmarkungen sind keine Verwaltungsakte in Schriftform. Daher liegt es in der Natur der Sache, dass Abmarkungen regelmäßig ohne Rechtsbehelfsbelehrung versehen werden.
- Eine fehlende Rechtsbehelfsbelehrung verlängert gemäß § 58 Abs. 2 VwGO die Frist, innerhalb der zulässigerweise Widerspruch gegen den Verwaltungsakt eingelegt werden kann, von 1 Monat auf 1 Jahr.